

# Vorbericht zum Nachtragshaushaltsplan 2022

## I. Rechtliche Grundlagen

Gemäß Art. 68 Abs. 2 Nr. 2 Gemeindeordnung (GO) hat die Gemeinde eine Nachtragshaushaltssatzung zu erlassen, wenn bisher nicht veranschlagte oder zusätzliche Ausgaben bei einzelnen Haushaltsstellen in einem im Verhältnis zu den Gesamtausgaben erheblichen Umfang (entspricht ca. 1% der Gesamtausgaben des Verwaltungs- und Vermögenshaushaltes) geleistet werden müssen. Eine Nachtragshaushaltssatzung ist gem. Art. 68 Abs. 2 Nr. 3 GO auch erforderlich bei Ausgaben des Vermögenshaushalts für bisher nicht veranschlagte Investitionen (u.a. Grunderwerb) oder Investitionsförderungsmaßnahmen. Eine Ausnahme kann gem. Art. 68 Abs. 3 Nr. 1 GO beim Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens und bei Baumaßnahmen gemacht werden, soweit die Ausgaben nicht erheblich und unabweisbar sind.

Auch ist gemäß § 34 Abs. 1 KommHV zu beachten, dass der Nachtragshaushaltsplan alle erheblichen Änderungen der Einnahmen und Ausgaben, die im Zeitpunkt seiner Aufstellung übersehbar sind, enthalten muss.

Gemäß Art. 66 Abs. 1 GO sind überplanmäßige (= den festgesetzten Haushaltsansatz überschreitende) und außerplanmäßige (= es ist kein Haushaltsansatz vorhanden) Ausgaben nur zulässig, wenn sie unabweisbar sind **und** die Deckung gewährleistet ist. Sind sie erheblich, sind sie vom Gemeinderat zu beschließen. Art. 68 Abs. 2 GO bleibt gemäß Art. 66 Abs. 3 GO unberührt.

Das Gesetz stellt somit jeweils auf die Erheblichkeit der Haushaltsüberschreitung ab. Als gängiger Richtwert für die Erheblichkeit im Verhältnis zum Gesamthaushalt gilt ein Betrag von 1%. Demnach ist bei einem Gesamtvolumen des Kirchheimer Haushaltes von rund 82 Mio. Euro eine Überschreitung bei einer einzelnen Haushaltsstelle um mehr als 820.000,00 Euro erheblich. Ausnahmen gelten, wie oben dargestellt, bei Baumaßnahmen, soweit die Ausgaben auch hier nicht erheblich sind. Unter Baumaßnahmen sind Neu-, Erweiterungs- und Umbauten sowie die Instandsetzung von Bauten, soweit sie nicht der Unterhaltung baulicher Anlagen dienen, zu verstehen. Die Erheblichkeit ist im Verhältnis zum Einzelansatz dieser Maßnahme zu beurteilen.

Für die Gemeinde Kirchheim war sowohl hinsichtlich der Gesamtausgaben des Haushalts 2022 (Überschreitung um mehr als 1%) als auch hinsichtlich des Einzelansatzes (Überschreitung um mehr als 100%) die Alternative, im Wege der flexiblen Haushaltsführung diese und andere Haushaltsüberschreitungen auszugleichen, nicht mehr vorhanden. Hier kommt vielmehr eine zwingende, gesetzliche Verpflichtung zum Erlass einer Nachtragshaushaltssatzung zum Tragen (siehe o.g. Ausführungen).

Die Veränderung eines einzelnen Ausgabeansatzes in einem im Verhältnis zu den Gesamtausgaben erheblichen Umfang bedeutet eine erhebliche Verschiebung der Relation der Ausgabenansätze untereinander. Dies kann zu einer Verlagerung der Aufgabenschwerpunkte im Rahmen des jährlichen Haushalts führen. Wegen der Tragweite dieser Entscheidung und wegen der wünschenswerten Publikation einer solchen Veränderung, die durch die öffentliche Auslegung und die amtliche Bekanntmachung der neuen Satzung erreicht wird, erscheint es wünschenswert und notwendig, solche Änderungen den Formvorschriften über den Erlass der Haushaltssatzung zu unterwerfen (s. Kommentar zu Art. 68 GO).

## **II. Derzeitige Haushaltssituation der Gemeinde Kirchheim**

Auslösendes Moment für die Erforderlichkeit einer Nachtragshaushaltssatzung in Kirchheim ist der Gemeinderats-Beschluss vom 21.06.2022 bzgl. des Erwerbes eines Mehrfamilienhauses in Höhe von rund 7,55 Mio. Euro. Dieser Kauf ist im Vermögenshaushalt des Haushaltsplans 2022 nicht vorgesehen (neue HHSt. 8800.9328). Mehrere Haushaltsüberschreitungen der Ansätze des Verwaltungs- und Vermögenshaushaltes wurden in dem Zuge auch angepasst.

Die Deckung im Vermögenshaushalt erfolgt über eine Erhöhung der Rücklagenentnahme (HHSt. 9101.3100) sowie eine Erhöhung der Kreditaufnahme.

Im **Verwaltungshaushalt 2022** sind Überschreitungen bei einzelnen Haushaltsstellen zu verzeichnen. Ein Nachtragshaushalt wäre hier nicht zwingend erforderlich. Die aufgelisteten über- bzw. außerplanmäßigen Ausgaben mit der Folge von Haushaltsüberschreitungen sollen in diesem Zuge aber mitberücksichtigt werden. Aus Vereinfachungsgründen müssten diese jedoch nicht einzeln aufgeführt werden. § 34 Abs. 2 KommHV (Kommunalhaushaltsverordnung) bietet nämlich hierzu die Möglichkeit, anstelle der Veränderung der Haushaltsansätze bei den verschiedensten Ausgabe-Haushaltsstellen des Verwaltungshaushalts nur summarische Ansätze bei den Haushaltsstellen 91.471 für Personalmehrausgaben („unechte Deckungsreserve für den Nachtragshaushalt“) bzw. HHSt. 91.851 für alle anderen Ausgaben zu veranschlagen. Diese beinhalten die geschätzten Mehrausgaben. Da es sich aber um über eine überschaubare Anzahl an Überschreitungen handelt, sind diese nachfolgend aufgeführt, ebenso wie die Mehreinnahmen.

Die Deckung der Mehrausgaben erfolgt über die Mehreinnahmen bei verschiedenen Einnahme-Haushaltsstellen.

Im **Vermögenshaushalt 2022** sind für den am 21.06.2022 beschlossenen Erwerb eines Mehrfamilienhauses in Höhe von ca. 7,55 Mio. keine finanziellen Mittel vorgesehen. Die Finanzierung soll daher über eine Rücklagenentnahme und Kreditaufnahme erfolgen. Außerdem wird davon ausgegangen, dass der Ankauf des Mehrfamilienhauses insgesamt nach dem Kommunalen Wohnraumförderungsprogramm (KommWFP) gefördert werden könnte. Eine Förderung in Höhe von ca. 2,3 Mio. Euro könnte nach vorsichtiger und zuversichtlicher Einschätzung realisiert werden. Da der zeitliche Ablauf jedoch noch nicht hinreichend geklärt ist, sind vorsichtshalber zur Finanzierung der Gesamtsumme die im Endeffekt erforderliche Rücklagenentnahme und Kreditaufnahme ohne Berücksichtigung der möglichen Förderung in der Nachtragshaushaltssatzung veranschlagt.

Folgende weitere Aspekte zur längerfristigen Finanzierung sind zu beachten:

- Durch die aktuell beschlossene Verpachtung eines Grundstückes soll ein jährlicher Erbbauzins von ca. 33 Tsd. Euro mit Indexierung erzielt werden. Dadurch könnte die monatliche Belastung aus Zins/Tilgung über die Pachteinnahme und Mieteinnahme aus dem Gebäude (Mieteinnahmen evtl. ab dem Jahr 2024) gedeckt werden.
- Derzeit wird geprüft, die Sanierung des Bürgerhauses zeitlich zu verschieben und die veranschlagten finanziellen Mittel vorerst einzustellen (bisher sind für die Jahre 2022 bis 2025 insgesamt 4,0 Mio. Euro eingestellt)

Ein weiterer Bestandteil des Nachtragshaushaltes und somit der Nachtragshaushaltssatzung ist der **Stellenplan**, welcher in diesem Zuge ebenfalls angepasst wurde. Die Leitungsstelle im Referat für Kultur und Öffentlichkeitsarbeit soll nach einer Reduzierung als Teilzeitstelle für das Jahr 2022 wieder als Vollzeitstelle besetzt werden (s. GR 21.06.2022).

Der Stellenplan wird hinsichtlich dieser Aktualisierung angepasst.

### Fazit:

Die Mehrausgaben im Verwaltungshaushalt mit einer Gesamtsumme von 206.000 Euro können lt. nachfolgender Übersicht durch Mehreinnahmen im Verwaltungshaushalt in Höhe von insgesamt 206.000 Euro ausgeglichen werden.

Die Summe der Mehrausgaben im Vermögenshaushalt in Höhe von 7.832.000 Euro und der Mehreinnahmen im Vermögenshaushalt in Höhe von 7.832.000 Euro lt. nachfolgender Übersicht hat folgende Konsequenzen:

Es wird voraussichtlich eine **Entnahme aus der allgemeinen Rücklage** im Gegensatz zu dem ursprünglichen Ansatz von 3,5 Mio. Euro in Höhe von max. **7.005.000 Euro** erforderlich.

Das Erfordernis einer **weiteren Kreditaufnahme** in Höhe von max. **4.300.000 Euro** lässt den Gesamtkreditbetrag von ursprünglich 14,41 Mio. Euro auf insgesamt max. 18,41 Mio. Euro steigen.

Es ist allerdings durchaus möglich, dass ein geringerer Betrag an Kreditaufnahme und Rücklagenentnahme erforderlich werden wird, falls eine **Förderung in Höhe von ca. 2,3 Mio. Euro** tatsächlich gewährt wird.

Zur Beachtung: s. Anlagen zum Nachtragshaushaltsplan gem. § 34 KommHV

Bei folgenden Haushaltsstellen des **Verwaltungshaushaltes wurden bzw. werden über- und außerplanmäßige Ausgaben** durch Erhöhung der Ansätze ausgeglichen (Begründungen für die Überschreitungen sind jeweils angeführt):

<i>HHSt.</i>	<i>Bezeichnung</i>	<i>Überschreitung Euro</i>	<i>bei einem ursprüngl. Ansatz von Euro</i>	<i>Begründung</i>	<i>Erhöhung des Ansatzes um Euro</i>
0200.6530	Öffentl. Bekanntmachungen und Stellenausschreibungen	17.159,18	15.000,00	erhöhte Kosten für Personalsuche (auch über Vermittler)	25.000,00
4360.6380	Sonstige Verwaltungs- und Betriebsausgaben: Ukraine-Hilfe	27.177,33	0,00	Außerplanmäßige, nicht vorhersehbare Ausgaben für Ukraine-Hilfe - im Gegenzug jedoch viele Spenden-Einnahmen unter 4360.1781	30.000,00
4640.7020	Defizitausgleich HfK St. Dorothea	105.144,50	210.000,00	erhöhte Betriebskostenabrechnung 2020	106.000,00
6100.6550	Sachverständigenkosten Orts- und Regionalplanung	35.812,69	130.000,00	hohe Rechtsanwaltskosten für Campus Kirchheim	45.000,00
	<b>Summe</b>	<b>185.293,70</b>			<b>206.000,00</b>

Bei folgenden Haushaltsstellen des **Verwaltungshaushaltes** können (voraussichtlich) folgende **Mehreinnahmen** erzielt werden:

<i><b>HHSSt.</b></i>	<i><b>Bezeichnung</b></i>	<i><b>Mehreinnahmen Euro</b></i>	<i><b>bei einem ursprüngl. Ansatz von Euro</b></i>	<i><b>Begründung</b></i>	<i><b>Erhöhung des Ansatzes um Euro</b></i>
0331.2610	Mahngebühren, Säumniszuschläge	45.309,95	12.000,00	schwer vorhersehbar	48.000,00
0341.2612	Stundungszinsen Gewerbesteuer	24.635,00	0,00	schwer vorhersehbar	25.000,00
4647.1711	Landesanteil BayKiBiG - Kita GeNUA	19.821,95	100.000,00	positive Endabrechnung 2021	20.000,00
5604.1550	Unmsatzsteuerrückvergü- tung Finanzamt für BgA Sportanlagen HS	23.166,01	40.000,00	Abrechnung Umsatzsteuer 2019	23.000,00
7201.1121	Gebühren f. Abfallbeseitigung, etc.	18.292,33	1.100.000,00	Einnahmen schwer kalkulierbar	20.000,00
7201.1555	Vereinnahmte Umsatzsteuer aus BgA	9.982,21	7.000,00	Einnahmen schwer kalkulierbar	10.000,00
7201.1671	Erstattungen durch DSD	50.309,53	20.000,00	Einnahmen schwer kalkulierbar	60.000,00
	<b>Summe</b>	<b>191.516,98</b>			<b>206.000,00</b>

Bei folgenden Haushaltsstellen des **Vermögenshaushaltes** wurden bzw. werden über- und außerplanmäßige Ausgaben durch Erhöhung der Ansätze ausgeglichen (Begründungen für die Überschreitungen sind jeweils angeführt):

<i><b>HHSSt.</b></i>	<i><b>Bezeichnung</b></i>	<i><b>Überschrei- tung Euro</b></i>	<i><b>bei einem ursprüngl. Ansatz von Euro</b></i>	<i><b>Begründung</b></i>	<i><b>Erhöhung des Ansatzes um Euro</b></i>
2301.9830	Investitionsumlage für Neubau Gymnasium	279.000,00	10.000,00	nicht eingeplante Erstattung Grunderwerbsteuer	279.000,00
8800.9328	Erwerb eines Mehrfamilienhauses	7.553.000,00	0,00	nicht eingeplanter Vermögenserwerb	7.553.000,00
	<b>Summe</b>	<b>7.832.000,00</b>			<b>7.832.000,00</b>

Bei folgenden Haushaltsstellen des **Vermögenshaushaltes** konnten folgende **Mehreinnahmen** erzielt werden:

<i><b>HHS.</b></i>	<i><b>Bezeichnung</b></i>	<i><b>Mehrein- nahmen Euro</b></i>	<i><b>bei einem ursprüngl. Ansatz von Euro</b></i>	<i><b>Begründung</b></i>	<i><b>Erhöhung des Ansatzes um Euro</b></i>
9000.3610	Invest.pauschale n. Art. 12 FAG	27.320,00	130.000,00	nicht vorhersehbare Mehreinnahme lt. Bescheid	27.000,00
9101.3100	Rücklagenentnahme	3.505.000,00	3.500.000,00	erforderlich für nicht eingeplanten Vermögenserwerb	3.505.000,00
9121.3770	Kreditaufnahme	4.300.000,00	14.112.700,00	erforderlich für nicht eingeplanten Vermögenserwerb	4.300.000,00
	<b>Summe</b>	<b>7.832.320,00</b>			<b>7.832.000,00</b>